

Von Markt, Moral, Eliten und Realpolitik

Tanja Walliser und Cédric Wermuth

Als vor ein paar Jahren das weltweite Finanzsystem quasi über Nacht in sich zusammenbrach, sahen viele von uns den jüngsten Tag für die neoliberale Rechte bereits gekommen. In den ersten Monaten der Krise schien zumindest so etwas wie eine neo-keynesianische Wende möglich: Weltweit verabschiedeten die Staaten teilweise gigantische Konjunkturpakete. Etwas mehr als vier Jahre danach ist wenig davon übrig. Die neoliberale Logik scheint stärker denn je, die Umverteilung von unten nach oben hat sogar an Dynamik zugelegt: Im Zuge einer regelrechten ›Schockstrategie¹ setzen die Finanzeliten und Regierungen bis anhin undenkbar Einschnitte in die sozialen und demokratischen Rechte der Bürgerinnen und Bürger in Europa durch. Auch in der Schweiz ebte die öffentliche Empörung über schamlose UBS-Manager, die sich trotz Staatshilfen und Verlusten Milliarden-Boni auszahlten, relativ schnell ab. Was war passiert?

Uns scheint, dass viele Linke nach wie vor unterschätzen, dass der Kapitalismus nicht einfach nur eine bestimmte Form der Organisation ökonomischer (Re-)Produktion ist. Diese Produktionslogik wird gestützt und verstärkt durch einen ideologischen Überbau. Mit dem Neoliberalismus hat unsere Zeit nach dem Fall der Berliner Mauer wohl beispiellos erlebt, wie aus den anfänglichen Spinnereien einiger Intellektueller der Nachkriegszeit gesellschaftlicher Mainstream werden kann. Heute wird die neoliberale Logik zunehmend auf alle Gesellschaftsbereiche und unser alltägliches Denken ausgeweitet, sie hat die Deutungshoheit zur Erklärung gesellschaftlicher Probleme weitgehend übernommen.² In diesem ideologischen Siegeszug sehen wir einen entscheidenden Faktor für die beeindruckende Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus in seiner jüngsten

Krise. Nachfolgend versuchen wir aufzuzeigen, wie solche Diskurse funktionieren (›New Labour – oder was ist ein Diskurs?‹) und welche Elemente davon es in Bezug auf die 1:12-Initiative zu verstehen (›Alles Markt oder was?‹) und letztlich zu durchbrechen gilt (›Radikaler Pragmatismus – die 1:12-Initiative als Gegenprojekt‹).

New Labour – oder was ist ein Diskurs?

»Late in 2002 Lady Thatcher came to Hampshire to speak at a dinner for me. Taking her round at the reception one of the guests asked her what was her greatest achievement. She replied, ›Tony Blair and New Labour. We forced our opponents to change their minds.«³

Was die ehemalige britische Premierministerin Margret Thatcher an diesem Abend bei einem Gala-Dinner sagte, war kein Witz, sondern bitterer Ernst. Die britische Rechte hatte es geschafft, dass die Grundsätze ihrer Politik von der Labour-Party unter Premier Tony Blair weitgehend übernommen wurden – sie hatte es geschafft, die Sozialdemokratie in das neoliberale Denkmodell hineinzuzwingen. Nicht mehr die grundlegende Auseinandersetzung darüber, wie wir unsere Gesellschaft organisieren wollen, sollte fortan die Politik bestimmen, sondern nur noch die Frage, wer die gleichen Ziele (Wachstum, Effizienz, Wettbewerbsfähigkeit) besser und allenfalls etwas sozialverträglicher erreichen konnte: »TINA – There is no alternative« wie die eiserne Lady zu sagen pflegte.

Was Margret Thatcher begriffen hatte, ist eigentlich relativ simpel: Eine der nachhaltigsten politischen Strategien besteht darin, den politischen Gegner zu überzeugen, die eigene, grundlegende Problemstellung zu übernehmen. Ist man sich beispielsweise erst einmal einig, dass das Hauptproblem in der fehlenden Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Industrien besteht, streitet man nicht mehr über Sinn und Unsinn von Steuern oder Löhnen. Sondern nur noch darüber, wie stark beide zu senken sind, um im internationalen Standortwettbewerb bestehen zu können.

Die Auseinandersetzung um die Deutungshoheit im politischen Diskurs ist dann gewonnen, wenn die andere Seite ihr Heil nur noch in einem »Ja, aber...« sieht. Nicht nur in Grossbritannien, sondern nahezu jede sozialdemokratische Partei Europas ist dieser kapitalen, strategischen Fehlanalyse erlegen. Nicht konservative oder liberale Regierungen trieben Ende der 1990er Jahre den Abbau des Sozialstaates und die Deregulierung der Arbeits- und Finanzmärkte in Europa voran, sondern die Blairs und Schröders. Die konkreten Machtstrategien der Neoliberalen sind vielfältig: Sie reichen von Thinkthanks über die strategische Übernahme von Lehr- und Forschungsstühlen bis zum Aufbau von ganzen Medienimperien, die ihre ideologische Konzeption reproduzieren und verbreiten. In diesem Artikel ist jedoch nicht der Platz darauf im Detail einzugehen.⁴

Auch an der Schweizer Sozialdemokratie ging diese Entwicklung nicht spurlos vorbei. Prominente VertreterInnen der SP Schweiz formulierten 2001 als Antwort auf Mitgliederschwund und Wahlniederlagen das »Gurtenmanifest«⁵. »Die SP will keinen Versorgungsstaat, der die Eigenverantwortung lähmt. (...) Die Sozialpolitik schafft Strukturen und Anreize, welche die individuelle Leistungsbereitschaft belohnen.« Die kapitalismuskritische Intention sozialdemokratischer Sozialpolitik wird dabei völlig umgekrempelt: Der Sozialstaat ist nicht mehr ein befreiendes Element im Kampf für eine Zurückdrängung der Lohnarbeit, sondern wird zum eindeutig negativ konnotierten »Versorgungsstaat«. Hohe Sicherheit und existenzsichernde Löhne sind keine sozialen Errungenschaften mehr, sondern »lähmen die Eigenverantwortung«. Und zu guter Letzt soll die Sozialpolitik auch nicht mehr primär gesellschaftlichen Reichtum rückverteilen, sondern »Strukturen und Anreize schaffen«, um die »individuelle Leistungsbereitschaft« zu fördern. Wir sehen an diesem Beispiel sehr schön, wie politische Diskurse mit einer Umdeutung von Problemstellungen und vor allem auch der Entwicklung einer eigenen Begrifflichkeit einhergehen. Dieselbe Zufriedenheit wie Margret Thatcher angesichts von New Labour beschrieb, muss sich bei den

Dirigenten von Economiesuisse bei der Lektüre des Gurtenmanifests eingestellt haben.

Das Verständnis dafür, dass es so etwas wie ideologische Denkmuster und Diskurse gibt, scheint uns als Ausgangspunkt für die Reformulierung linker Politik zentral. Wie aber funktionieren diese Denkmuster in Bezug auf die bürgerliche Argumentation gegen die 1:12-Initiative?

Alles ist Markt!

Im Kern des neoliberalen Weltbildes von den Grünliberalen bis zu den Konservativen steht der Markt. Dabei hat dieser Markt eine weit grössere Aufgabe, als einfach nur die Wirtschaft an sich zu organisieren. »Mehr Markt, mehr Wettbewerb, mehr Effizienz« sind anscheinend die Wunderlösungen für alle Probleme: sei es im Gesundheitswesen, der Bildung, der Kultur oder zunehmend auch ganz banal in den zwischenmenschlichen Beziehungen. Auf Partnerportalen kann man heute seinen »Marktwert« berechnen, um danach das »gleichgewichtige« Angebot, sprich den/die perfekte PartnerIn, zu finden.

Dahinter steht ein sehr verachtendes Menschenbild: Es geht davon aus, dass der Mensch zuerst einmal ein nutzenmaximierender Egoist ist (die ÖkonomInnen sprechen vom »homo oeconomicus«, dem wirtschaftlichen Menschen). Und zweitens ist er ziemlich dumm. Auf jeden Fall ist er unfähig, die Komplexität moderner Ökonomien und Gesellschaften zu erfassen und sie zu lenken. Darum verstehen bürgerliche PolitikerInnen Krisen im kapitalistischen System nicht etwa als diesem immanent, sondern immer als individuelles Versagen oder als Versagen staatlicher Regulation. Überrissene Managergehälter werden beispielsweise – wenn überhaupt – als Folge von »Fehlanreizen« interpretiert. Genau diese Umkehrung findet vor unseren Augen auch heute statt, wenn die Bankenkrise in eine Krise der Staatsfinanzen und der Überregulierung der Arbeitsmärkte (Stichwort Wettbewerbsfähigkeit) verwandelt wird. Wenn Menschen oder Staaten versuchen in »den Markt« einzu-

greifen, kann es nur schlecht herauskommen. Dies gilt für den Kündigungsschutz wie für die Lohnpolitik. Auch der demokratische Staat ist in dieser Vorstellung eben nur ein Marktteilnehmer unter vielen. Seine Aufgabe ist es mittels ordnungspolitischer Massnahmen optimale Rahmenbedingungen für die Märkte zu schaffen – nicht weniger, aber auch nicht mehr.⁶ Dem Markt wird in dieser Ideologie eine eigene Systemintelligenz, ja teilweise praktisch eine eigene Persönlichkeit zugestanden. Inzwischen haben wir uns an Schlagzeilen, welche dem Markt konkrete Charaktereigenschaften zuschreiben längst gewöhnt: »Berlusconi erschreckt die Märkte« (Der Spiegel Online, 10.12.12), »Die Märkte reagieren verunsichert auf Hollande-Sieg« (Tagesschau.de, 7.5.12). Der französische Philosoph Michel Foucault sprach vom Markt als »Ort der Veridiktion« (lateinisch veritas bedeutet Wahrheit, dicere meint sagen, sprechen) für staatliches oder politisches Handeln. Als ultimativer Quell der Wahrheit also darüber, welche politischen Massnahmen legitim und richtig sind und welche nicht.

Diese manchmal fast religiös anmutende Marktvorstellung ist denn auch der Grund, warum es Neoliberale konsequent ablehnen, Gerechtigkeits-, Verteilungs- oder Gleichheitsziele insbesondere in die Formulierung von Wirtschaftspolitiken aufzunehmen. Da uns die Systemintelligenz des Marktes überlegen ist, sind solche Zielsetzungen nicht nur falsch, sondern eben auch ›willkürlich‹ – ganz im Gegenteil zu den Ergebnissen des Marktes. Es ist daher in der inneren Logik neoliberaler Denkwelten nicht absurd, sondern folgerichtig zu behaupten, ein per Verfassung festgelegtes maximales Lohnverhältnis 1:12 sei willkürlich, die tatsächlichen Lohnspannen ›im Markt‹ von 1:100, 1:200 oder noch mehr aber legitim. Der Markt bestimmt, was gerecht, was fair, was nachhaltig ist – er erhält eine eigene, moralische Qualität oder wie es der Direktor des Liberalen Instituts Pierre Bessard formuliert: »Der freie Markt ist die umfassendste moralische Institution des Menschen. Er fördert nicht nur die Effizienz, sondern auch die Gerechtigkeit unter den Beteiligten. Deshalb braucht es keine staatliche

Bevormundung und schon gar keine Wirtschaftsethik.«⁷ Die Logik hat etwas Brilliantes, sie immunisiert nämlich auch gegen jede Kritik am System: Wenn es falsch ist, Ziele zu setzen und wir gar nicht wissen können, was gerecht ist, dann haben wir auch keine legitime Basis, um die Ergebnisse des Marktes zu kritisieren. Sie sind dann einfach so, wie sie sind, und das ist gut so.

Diese Markt-Vorstellung ist in ihrer Konsequenz zutiefst undemokratisch: Was ist denn Demokratie, wenn nicht das gemeinsame Festsetzen von Zielen und die Planung gesellschaftlicher Entwicklung? Und sie ist blind für soziale Realitäten: Die Marktvorstellung blendet beispielsweise strukturelle Machtverhältnisse, Bildungsunterschiede, Geschlechterdifferenzen, etc. komplett aus – wer keinen Erfolg hat, ist selber schuld. Positiv gewendet spricht man von ›Eigenverantwortung‹. In einem Markt ist jeder von uns Unternehmer seiner Selbst, eine ›Ich-AG‹. So etwas wie kollektive Solidarität dürfte es eigentlich nicht geben, sie ›verzerrt‹ die Marktergebnisse. Am Marktergebnis lässt sich ablesen, wie erfolgreich wir sind. Das private Eigentum wird unanfechtbar: Jeder, der seine absolute Gültigkeit in Frage stellt, nimmt jemandem etwas weg, das er oder sie rechtschaffend auf dem Markt erarbeitet habe. Der Begriff der ›Leistungsgesellschaft‹ wird in diesem Zusammenhang oft in einem Zirkelschluss verwendet: Weil die Top-Verdiener die Leistungsträger sind, müssen sie so gut verdienen. Und wenn sie so gut verdienen, müssen sie wohl grosse Leistungsträger sein. Neoliberale erkennen deshalb in der Forderung nach einer gerechteren Verteilung gesellschaftlicher Reichtümer eine ›Neiddebatte‹ von jenen losgetreten, die sich im freien Markt nicht behaupten konnten. So wird der Kritik entgegnet, die die ungerechten Verhältnisse und die Konzentration des Reichtums in den Händen weniger als gesellschaftliche Probleme anprangert, die angegangen werden müssen. Im Gegenteil sei die Anhäufung dieses Reichtums sogar für die ganze Gesellschaft sinnvoll, da durch den sogenannten Trickle-Down-Effekt alle profitierten. Der Reichtum würde in Form von Steuern und staatlichen Leistungen allen

zugutekommen, ja man müsste eigentlich sogar dankbar dafür sein, dass auch andere an diesem Reichtum teilhaben dürfen.

Konservatismus und Markt

Dem Markt wird im neoliberalen Weltbild eine eigenständige, moralische Qualität zugesprochen. Meist reicht das aber nicht aus, um die Diskrepanz zwischen Idealvorstellung und Realität zu erklären: Der Markt ist eben in den meisten Fällen ein sehr schlechtes Instrument zu Allokation von Ressourcen und kein effizientes. Das sieht man schon nur daran, dass die Löhne in den vergangenen beiden Jahrzehnten nicht in jenen Bereichen überproportional gestiegen sind, wo grosse gesellschaftliche Bedürfnisse bestehen (Bildung, Gesundheit, Alterspflege, etc.), sondern dort, wo sich spekulatives Kapital konzentriert (Banken, Versicherungen, Finanzdienstleistungen). Besonders für PolitikerInnen konservativer oder christlich-demokratischer Couleur sind die enormen Lohndifferenzen tatsächlich ein moralisches Problem. Sie passen nicht in das Bild einer Schweiz der verantwortungsvollen Patrons, einer Schweiz, die sich durch Fleiss und Bescheidenheit auszeichnet.

Die Markt-Ideologie wird daher oft mit einem Panzer aus Moral umgeben. Grosse Lohndifferenzen werden rhetorisch zu ›Exzessen‹ statt einer logischen Systemfolge. Und diese Exzesse sind die Folge einer moralischen Verlüderung. Wie es Bundesrat Schneider-Amman (FDP) während der nationalrätlichen Debatte zur 1:12-Initiative formulierte: »Wenn Fehler passiert sind, sogar gravierende Fehler, sogar die gesellschaftliche Kohärenz tangierende Fehler, so müssen die Fehlbaren in die Schranken gewiesen werden. Es braucht dazu aber für mein Verständnis keine 1:12-Initiative. Es braucht Einsicht, es braucht Anstand, und es braucht sogar Mut, sich etwas vom globalen Markt zurückzunehmen.«⁸ Oder auch CVP-Nationalrat Leo Müller: »Beim näheren Hinschauen stellen wir fest, dass dieser politische Aktivismus ein Ausdruck der Wertediskussion ist. Viele Bürger-

rinnen und Bürger sind empört über die Auswüchse beim Nehmen. Masshalten ist nicht mehr bei allen angesagt. Das Masshalten gehört nicht mehr zur guten Tugend. Es gibt offenbar eine Kaste in unserem Land, die diese Werte nicht mehr kennt.«⁹ Auch diese Kritik dient letztendlich der Immunisierung gegen Forderungen nach einer strukturellen Anpassung: Schuld sind einzelne Personen, sobald diese ausgewechselt oder eines Besseren belehrt werden, wird alles gut, eine Anpassung des gesamten Systems ist dementsprechend unnötig.

Elitarismus und Realpolitik

Auch der Neoliberalismus ist keine freischwebende Ideologie, sondern dient der Verfestigung von Machtstrukturen und ganz konkreten materiellen Interessen. Die Abwertung der demokratischen Politik gegenüber dem Markt führt eben auch dazu, dass die gesellschaftlichen Eliten die Plätze tauschen. Es wird zur Aufgabe der Politik, nicht mehr das Primat über die Wirtschaft aufrechtzuerhalten, sondern den Bedürfnissen und Weisungen der Wirtschaftselite nachzukommen. Das Damoklesschwert des Standortwettbewerbes lässt Kapitalbesitzerinnen und Topmanager zu regelrechten Messiasen werden: »Wenn wir nicht tun, was das Kapital und die Chefs wollen, dann ziehen die Firmen weg und wir versinken in Armut und Elend« lautet das Argument gegen jeden Versuch, die gesellschaftliche Umverteilung von unten nach oben zu stoppen. Hier wird die totalitäre Seite des Neoliberalismus sichtbar: Die vermeintlichen ›Sachzwänge‹ bestimmen den Spielraum demokratischen Handelns. Die Politik kann an den Gesetzen des Markts nichts ändern, sie kann höchstens ›ordnungspolitisch‹ Rahmenbedingungen und Anreize setzen und sich den Gesetzmässigkeiten nur besser oder schlechter anpassen. Der Begriff der ›Realpolitik‹ dient in diesem Zusammenhang der Diskreditierung alternativer politischer Konzepte ausserhalb der herrschenden Deutungshoheit. Der Begriff wird verwendet, um alles, was nicht in den ideologischen Rahmen passt, als weltfremd zu

diskreditieren. Oft fällt auch die Linke darauf herein, wenn sie zum Beispiel die ›Überwindung des Kapitalismus‹ zum ›langfristigen Ziel‹ deklassiert anstatt diese Forderung als tägliche Handlungsanleitung zu verstehen.

Radikaler Pragmatismus – die 1:12-Initiative als strategisches Gegenprojekt

Die 1:12-Initiative ist der konkrete Versuch genau dies zu tun. Diese Strategie nennen wir ›radikalen Pragmatismus‹. Damit soll der Versuch bezeichnet werden, in dem Rahmen, den uns die bürgerliche Demokratie steckt, radikale politische Forderungen aufzustellen. An herrschende Diskurse soll angeknüpft und der bestehende Diskursraum soweit wie möglich ausgeweitet werden.¹⁰ Die 1:12-Initiative knüpft an die Empörung über Abzocker, Boni, goldene Fallschirme und die masslose Gier der Manager an und erweitert diese moralische Ebene des Diskurses um die Forderung nach strukturellen Massnahmen.

Die 1:12-Initiative bewegt sich damit sehr bewusst an der Grenze dessen, was im gegenwärtigen Diskurs möglich ist, und entfaltet genau deswegen viel Sprengkraft: Die Forderung ist angesichts der aktuellen Realität und der politischen Mehrheitsverhältnisse radikal, aber nicht völlig undenkbar. Und vor allem erlaubt sie es, grundlegende Fragen über die Machtverteilung in unserer Gesellschaft im Rahmen einer konkreten Abstimmungsdebatte zu stellen. Die 1:12-Initiative ergibt dann Sinn, wenn wir es schaffen im Abstimmungskampf die Denkfiguren von Markt, Moral und Elitarismus in ihrem Kern anzugreifen und ihnen ein Projekt von mehr Demokratie und Gleichheit gegenüberzustellen:

- Es geht darum, dass wir alle mehr vom Kuchen erhalten. Die Verteilung von Reichtum folgt nicht den Naturgesetzen des Marktes, sondern ist eine politische Entscheidung.
- Es geht um Rechte und Pflichten, die für alle gelten – und eben nicht um Moral.

- Es geht um mehr Demokratie und Gleichheit statt Elitarismus. Demokratie und Gleichheit sind die grundlegenden Prinzipien, nach denen wir unsere Gesellschaft organisieren wollen. Mehr Gleichheit ist nicht ineffizient, sondern ökonomisch sinnvoll.

Solche radikal-pragmatischen Projekte funktionieren nur in einer langfristigen Perspektive. Sie gelingen dann, wenn wir den Mut haben, uns nicht ausschliesslich auf das kurzfristige Ziel, die Abstimmung zu gewinnen, zu konzentrieren. Der (Wieder-)Aufbau eines eigenen, (wirtschafts-)politischen Diskurses braucht Projekte, die radikal genug sind, um die Grenzen des Denkbaren zu ritzen. Das bringt uns anfangs vielleicht nicht nur Erfolge an der Urne. Wir müssen deshalb die Debatten selbst produktiv nutzen: Die eröffneten Diskursräume müssen dauerhaft besetzt, die Nachfolgeprojekte zur Schärfung eines gemeinsamen ›Wir‹ genutzt werden. Relativ kurz auf die 1:12-Initiative werden die Abstimmungen zur Mindestlohn- und Erbschaftssteuerinitiative folgen. Beide Projekte eignen sich, um die Debatte weiterzuführen.

Ihren besten Beitrag kann die Initiative insbesondere auch im Vorfeld leisten: In der internen Bildungsarbeit, bei der öffentlichen Thematisierung von Verteilungsfragen. Die 1:12-Initiative kann der Linken dazu dienen, einen neuen, eigenen Diskurs und entsprechende Denkfiguren zu entwickeln. Diese Arbeit steht für uns im Vordergrund.

Literatur

- Angele, Patrick, Dissler, Sebastian, Kistler, Marco, Walliser, Tanja und Wermuth, Cédric (2011): ›Ändern was dich stört – das JUSO Projekt 2007–2011‹. In: Denknetz Jahrbuch 2011 – Gesellschaftliche Produktivität jenseits der Warenform. Zürich. S.166–175.
- Bessard, Pierre (2009): ›Ethik des Marktes‹, Weltwoche vom 29.04.
- Demirovic, Alex (2013): ›Ist der Neoliberalismus hegemonial? – Gramscis Hegemoniekonzept und Sicherheit als Herrschaftsform‹. In: Widerspruch 62 32/1, Zürich.
- Huber, Henri, Kaestli, Tobias, Linder, Wolf und Sommaruga, Simo-

netta (2001): Gurten-Manifest für eine neue und fortschrittliche SP-Politik. Bern.

- Klein, Naomi (2007): Die Schockstrategie: Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus. Frankfurt am Main.
- Walpen, Bernhard (2004): Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. Hamburg.

Mehr lesen zur Kritik neoliberaler Denkmuster und Strategie:

- Butterwegge, Christoph, Lötsch, Bettina und Ptak, Ralf (2008): Kritik des Neoliberalismus. Wiesbaden. 2. Auflage.
- Giraud, Gaël und Renouad, Cécile (2012): Le Facteur 12. Pourquoi il faut plafonner les revenus. Paris.
- Ringger, Beat (2011): Masst Euch an! Auf dem Weg zu einem offenen Sozialismus. Münster.

Anmerkungen

- 1 Die kanadische Globalisierungskritikerin Naomi Klein hat die neoliberale Strategie, aus gesellschaftlichen Schocks politisches Kapital zu schlagen, in ihrem Buch ›Die Schockstrategie‹ anschaulich beschrieben. Siehe Klein (2007).
- 2 Zur Zeit findet in der kritischen Literatur eine lebhaftere Auseinandersetzung darüber statt, ob der Neoliberalismus als wahrhaft hegemonial zu betrachten sei. Weiterlesen bei Demirovic (2013).
- 3 Aus einem Blog von Conor Burns (konservativer, britischer Politiker). Siehe: <http://conservativehome.blogs.com/centrightright/2008/04/making-history.html>
- 4 Bernhard Walpen (2004) untersucht in seinem Buch ›Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft‹ am Beispiel der Mont Pelerin Society neoliberale Machtstrategien.
- 5 Huber et al. 2001
- 6 Neoliberale sind nicht wie viele Linke oft meinen ›gegen den Staat‹. Sie sind durchaus für einen starken Staat – aber nur dort, wo er Eigentumsrechte und den Marktrahmen sichert. So sind es beispielsweise immer auch bürgerliche Kreise, die den Ausbau der Überwachung im Internet oder am Arbeitsplatz oder die polizeiliche Repression gegen Randständige oder ImmigrantInnen fordern – immer im Namen eines starken Staates.
- 7 Bessard 2009.
- 8 Amtliches Bulletin 2012, Nationalrat, S. 1767.
- 9 Ebenda, S. 1739.
- 10 Wir entwickeln das Konzept des ›radikalen Pragmatismus‹ an anderer Stelle detaillierter. Siehe: Angele et al. (2011).